

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Werden von Demenz betroffene Menschen und ihre pflegenden An- und Zugehörigen im Land Bremen ausreichend unterstützt?

Im August 2022 stellte die Deutsche Alzheimer Gesellschaft neue Zahlen zur Demenz vor. Nach diesen, bis heute aktuellsten Erhebungen, leben derzeit in Deutschland rund 1,8 Millionen Menschen mit einer Demenzerkrankung.

Die meisten Diagnosen machen sich an der Alzheimer-Krankheit fest. Etwa 440 000 Menschen erkrankten im Laufe des Jahres 2021 neu an einer Demenz. Infolge der demografischen Entwicklung kommt es zu weitaus mehr Neuerkrankungen als zu Sterbefällen unter den bereits Erkrankten. Aus diesem Grund nimmt die Zahl der Demenzerkrankten auch kontinuierlich zu. Im Alter ab 85 Jahren ist circa jede dritte Person an Demenz erkrankt. Je nachdem, wie sich die Altersstruktur der Bevölkerung insgesamt entwickelt, könnte sich allein die Zahl der Menschen mit Demenz über 65 Jahren bis zum Jahr 2050 auf 2,4 bis 2,8 Millionen erhöhen.

Stand heute werden gut 85 Prozent der pflegebedürftigen Menschen zuhause versorgt, doch es ist auch wegen zunehmender Vereinzelung nicht davon auszugehen, dass sich die häusliche Pflege weiter auf einem solch hohen Niveau bewegen wird.

Erstmals wurden im Jahr 2022 auch genauere Schätzungen zu den Erkrankten im Alter von unter 65 Jahren vorgelegt. Demnach kann man davon ausgehen, dass in Deutschland derzeit mehr als 100 000 Menschen unter 65 Jahren leben, die an einer Demenz erkrankt sind. Demnach dürften gut 1 000 an Demenz Erkrankte dieser Altersgruppe im Land Bremen leben und andere Bedürfnisse haben, als viele ältere Senioren und Seniorinnen.

In Bremen obliegt es der Demenz Informations- und Koordinationsstelle (DIKS) e. V. An- und Zugehörige von an Demenz erkrankten Menschen in ihrer herausfordernden Situation zu beraten und zu unterstützen. Dieser Beratungsbedarf steigt seit Jahren kontinuierlich. Die Anzahl der Klienten und Klientinnen erhöhte sich zwischen 2011 und 2021 um beinahe

90 Prozent. Die bewilligten Personalstunden der DIKS stiegen im gleichen Zeitraum um annähernd 45 Prozent.

Zunehmend wird die DIKS auch zur Übernahme von Landesaufgaben angefragt, welche aber, wenn sie übernommen werden, zusätzlich Kapazitäten binden und der direkten Beratung verloren gehen. Bereits im Jahr 2022 konnte die DIKS nicht mehr allen Beratungsanfragen gerecht werden und die Kontakte oftmals nicht mehr in der eigentlich notwendigen Qualität begleiten.

Im Koalitionsvertrag der Bremer Regierung für die Jahre 2023 bis 2027 ist zu lesen – allerdings ohne nähere Erläuterung –, dass die Koalition „die Arbeit der DIKS weiter stärken und ausweiten“ und „eine Informationskampagne und eine Ausweitung der Beratungsangebote auch in Bremerhaven“ durchführen möchte.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat dazu, wie viele an Demenz erkrankte Menschen in Bremen leben und wie viele davon zuhause gepflegt werden (bitte die Angaben stets für Bremen und Bremerhaven getrennt angeben)?
2. Wie viele stationäre Pflegeplätze und Tagespflegeplätze speziell für an Demenz erkrankte Menschen gibt es in Bremen?
3. Welche innovativen Angebote wurden in den letzten vier Jahren neu entwickelt, und wie steht der Senat zur Entwicklung eines Demenzdorfes, ähnlich dem in Hameln oder Hogeweyk?
4. Wie wird der zukünftige Bedarf (die Entwicklung) in der häuslichen beziehungsweise stationären Pflege von an Demenz erkrankten Menschen für Bremen und Bremerhaven eingeschätzt?
5. Welche Angebote brauchen pflegende Angehörige, um selbst körperlich und mental möglichst gesund und fit zu bleiben, und welche Hilfen und verlässlichen Entlastungsmöglichkeiten gibt es bereits, um sie zu unterstützen und zu stärken?
 - a) Wie werden diese Angebote genutzt?
 - b) Werden sie für bedarfsgerecht und ausreichend gehalten?
6. Gibt es im Notfall zum Beispiel bei einer spontanen Krankenhaus-einweisung einer pflegenden Person schnelle, strukturierte Anschlussversorgung für zuhause gepflegte Menschen, wenn keine weiteren Angehörigen vor Ort sind und/oder die Pflege bislang ohne ambulanten Pflegedienst geleistet wurde? Wenn ja, durch wen, und wie ist der Ablauf?

7. Hält der Senat die Demenz Informations- und Koordinationsstelle (DIKS) in der Stadt Bremen für gerüstet, dem durch die demografische Entwicklung zunehmenden Beratungs- und Unterstützungsbedarf gerecht zu werden und so die von vielen Betroffenen bevorzugte häusliche Versorgung zu stärken?
8. Wie wird die DIKS finanziert, und in welcher Höhe stehen finanzielle Mittel für welche einzelnen Aufgabenbereiche, zum Beispiel für die Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Vernetzungsarbeit zur Verfügung?
9. In der Vorlage VL 20/8776 für die Sozialdeputation vom 13. April 2023 mit dem Titel „Pflege im Quartier“ wurden der DIKS für das Haushaltsjahr 2023 zusätzliche Mittel in Höhe von 30 000 Euro zugesagt. Wurde diese Summe bereits zugeteilt, wofür soll sie konkret eingesetzt werden, und ist das eine einmalige oder auf Wiederholung angelegte finanzielle Unterstützung?
10. Welche Angebote zur speziellen Beratung von Demenzbetroffenen und ihre Angehörigen gibt es aktuell in Bremerhaven?
 - a) Durch welche Stelle und in welcher Höhe werden diese finanziert?
 - b) Wird das in Bremerhaven bestehende Angebot für ausreichend gehalten?
11. Haben ambulante Beratungs- und Unterstützungsangebote aus Sicht des Senats Einfluss auf die Nutzung und Dauer häuslicher Demenzpflege und somit (in)direkt auch auf den zukünftigen Bedarf an stationären Plätzen und auf die Ausgaben in den Hilfen zur Pflege (HzP)?
12. Wo, durch wen und seit wann gibt es lokale Angebote/Netzwerke für Menschen mit Demenz in Bremen und Bremerhaven, wie haben diese sich seit ihrer Gründung entwickelt, und wie wurden und werden sie durch das Land Bremen unterstützt?
 - a) Inwiefern werden funktionierende lokale Netzwerke für Menschen mit Demenz für wichtig gehalten?
13. Wie wird die Ausrichtung und übergreifende Vernetzung solcher Initiativen in den Städten des Landes Bremens derzeit unterstützt und gefördert, wer ist verantwortlich, und wird Vernetzung aus Sicht des Senats bereits zufriedenstellend praktiziert?
14. Plant der Senat zukünftig quartiersnahe, demenzspezifische Beratungen zu ermöglichen? Wenn ja, durch wen, und wie sieht der Zeitplan für die Einrichtung solcher Angebote aus?

15. Welche spezialisierten Angebote für die ambulante und stationäre Unterstützung und Versorgung gibt es im Land Bremen für an Demenz erkrankte Menschen unter 60 (65) Jahren; in welcher Größenordnung wird hier aktuell und zunehmend ein Bedarf identifiziert?
16. Wie entwickelt sich die Nutzung der vorhandenen Unterstützungs- und Beratungsangebote durch Menschen mit Migrationsgeschichte, wird für diese ein zusätzlicher Bedarf gesehen? Wenn ja, wie könnte dieser gedeckt werden?
17. Mit welchen konkreten Maßnahmen will der Senat die Bevölkerung kontinuierlich für einen respektvollen Umgang mit älter werdenden Menschen, speziell für mit Demenz lebende, sensibilisieren?
18. Welche konkreten Maßnahmen wurden in Bremen für die Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie seit dem Jahr 2020 neu beschlossen und umgesetzt?
 - a) Welche finanziellen Ausgaben waren und sind mit diesen Maßnahmen verbunden?
19. Übernimmt die DIKS zurzeit Landesaufgaben? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht, und wer nimmt anstehende Landesaufgaben alternativ wahr?
20. Plant der Senat für die (weitere) Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie eine Landesfachstelle Demenz einzurichten?
 - a) Wenn ja, wann, unter welchen Vorgaben, und wo soll diese angesiedelt werden?
 - b) Wenn nein, wie wird Bremen in die Lage versetzt, die Vorgaben der Nationalen Demenzstrategie einzuhalten?

Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Frank Imhoff und Fraktion der CDU